



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag-Nr. 14/43

öffentlich

Datum: 02.03.2015
Antragsteller: CDU, SPD

Gesundheitsausschuss	13.03.2015	empfehlender Beschluss
Schulausschuss	17.03.2015	empfehlender Beschluss
Landesjugendhilfeausschuss	19.03.2015	empfehlender Beschluss
Ausschuss für den LVR- Verbund Heilpädagogischer Hilfen	20.03.2015	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Inklusion	23.03.2015	empfehlender Beschluss
Sozialausschuss	24.03.2015	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	16.04.2015	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	17.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	22.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	28.04.2015	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2015/16;
Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen
verbessern**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen.

Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen.

Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten.

Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird.

Begründung:

SPD und CDU wollen, dass der Bundesfreiwilligendienst für Menschen mit Behinderung geöffnet wird. Der Bundesfreiwilligendienst stellt für junge Menschen vielfach eine Möglichkeit dar, vor Einstieg in einen Beruf, sich selbst zu erproben und Tätigkeitsfelder im sozialen Bereich kennen zu lernen. Insofern kann der Bundesfreiwilligendienst auch ein Angebot an junge Menschen zur Berufsfindung sein.

Vielfach benötigen junge Menschen mit Behinderung jedoch eine Hilfestellung, um im Bundesfreiwilligendienst tätig werden zu können. Dies können z. B. eine begleitende Arbeitsassistentin oder das Angebot eines entsprechenden Fahrdienstes sein, um den Arbeitsort erreichen zu können. Solche und andere begleitenden Hilfen sind im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes seitens der Bundesregierung nicht vorgesehen.

SPD und CDU bitten die Verwaltung zu prüfen, ob über das Integrationsamt personenbezogene, individuelle Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung angeboten werden können, damit diese in die Lage versetzt werden, einen Bundesfreiwilligendienst aufzunehmen.